

## SCHLUSSERKLÄRUNG

### VIERTE KONFERENZ DER PRÄSIDENTEN DER EUROMEDITERRANEN PARLAMENTE

---

*Malta, 20. - 21. Februar 2004*

#### **I. Einleitung**

1. Die Vierte Konferenz der Präsidenten der euromediterranen Parlamente, die am 20. und 21. Februar 2004 in Valletta durchgeführt wurde, fand in einer konstruktiven und herzlichen Atmosphäre statt, die ein gutes Zeichen für die weitere Konsolidierung der parlamentarischen Diplomatie im euromediterranen Raum ist. Die Präsidenten wiederholten ihre uneingeschränkte Verpflichtung gegenüber den in der Erklärung von Barcelona genannten Werten und Zielen und betonten, dass die parlamentarische Dimension ein wesentliches und notwendiges Element zur Förderung, Erhaltung und Ausweitung von Wegen für Dialog und Verständnis ist und somit zur Bewältigung der Herausforderungen beiträgt, die Sicherheit und Stabilität, Globalisierung, wirtschaftliche Reformen und soziale Entwicklung darstellen.
2. Die Präsidenten brachten dem Abgeordnetenhaus von Malta ihre Würdigung dafür zum Ausdruck, dass es die Staaten, die der Europäischen Union beitreten, zu dieser Konferenz eingeladen hatte. Gleichzeitig vereinbarten die an der Konferenz teilnehmenden Präsidenten, dass die der Europäischen Union beitretenden Mitglieder nach ihrem Erwerb der Mitgliedschaft am 1. Mai 2004 als Vollmitglieder der Konferenz der Präsidenten der euromediterranen Region zugelassen werden.
3. Die an der Konferenz teilnehmenden Präsidenten überprüften die Fortschritte des Barcelona-Prozesses seit ihrer letzten Sitzung im Februar 2002 in Athen, Griechenland.
4. Die Außenminister der euromediterranen Region trafen am 22./23. April 2002 in Valencia zur 5. Sitzung ihrer regelmäßigen Ministertreffen des Barcelona-Prozesses zusammen. Sie erstellten den Aktionsplan von Valencia, dessen Bestimmungen auf dem Halbzeit-Ministertreffen in Kreta im Mai 2003 weiter entwickelt und im Laufe des VI. regelmäßigen Ministertreffens, das am 2./3. Dezember in Neapel stattfand, fertiggestellt wurden. Die Minister vereinbarten, den politischen Dialog durch die Schaffung einer Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung zu stärken. Im wirtschaftlichen und finanziellen Bereich begrüßten sie die vom ECOFIN erzielten Schlussfolgerungen zur Stärkung des FEMIP-Instruments innerhalb der EIB, das über eine Reihe von Merkmalen

zur Unterstützung des Privatsektors verfügt. Zur Verbesserung des menschlichen Aspekts des Barcelona-Prozesses vereinbarten die Minister die Einrichtung einer Euromediterranen Stiftung für den Dialog der Kulturen.

5. Indem sie die Rolle der Parlamentarier in ihren Gesellschaften sowie ihrer jeweiligen Parlamente anerkannten, begrüßten die Parlamentspräsidenten die Schaffung einer Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung, die die Mechanismen des Barcelona-Prozesses stärken sollte.
6. Danach besprachen die Präsidenten die Lage im euromediterranen Raum und nahmen eine ausführliche Analyse der regionalen Entwicklungen vor, die die Arbeit des Barcelona-Prozesses in den drei Kooperationsbereichen beeinflussen.

## **II. Politische und Sicherheitspartnerschaft**

7. Die Präsidenten betonten die Wichtigkeit der Wiederaufnahme des Friedensprozesses im Nahen Osten gemäß der Erklärung von Barcelona und den Beschlüssen der Ministerkonferenzen im Hinblick auf die Erreichung einer Lösung, in die zwei Staaten, die Seite an Seite leben – Israel und Palästina – einbezogen sind, zur Erzielung eines umfassenden Friedens zwischen dem israelischen und dem palästinensischen Volk mit Hilfe des Fahrplans. Ein umfassender Frieden sollte den Grundsätzen von Madrid zufolge auch Syrien und den Libanon einschließen.
8. Die Präsidenten stimmten überein, dass Frieden und Stabilität so bald wie möglich in den Irak zurückkehren werden sollten und dass das Land als eine Nation mit kulturellen und ethnischen Werten vereint bleiben sollte. Die Präsenz ausländischer Truppen sollte vorübergehender Natur sein, und ihre Aufgabe sollte darin bestehen, im Irak ein Umfeld von Stabilität und Sicherheit wiederherzustellen. Aus diesem Grund begrüßten die Präsidenten die Vereinbarung zur Übergabe der Macht im Rahmen eines etablierten zeitlichen Rahmens sowie die Tatsache, dass Parlamentswahlen durchgeführt werden, sobald die Formalitäten bezüglich der verfassungsmäßigen Vereinbarungen abgeschlossen sind. Sie riefen das irakische Volk auf, die Einsetzung einer rechtmäßigen Regierung zu unterstützen, die es dem Land ermöglichen wird, in Frieden und Stabilität zu leben. In diesem Zusammenhang sollten alle terroristischen Akte nachdrücklich zurückgewiesen werden, da sie äußerstes und nutzloses Leid verursachen und eine nicht hinnehmbare Verletzung der grundlegenden Menschenrechte darstellen. Sie sagten voraus, dass die internationale Gemeinschaft sich insbesondere über die Organisation der Vereinten Nationen zu einem ordnungsgemäßen Übergang der Macht, zum Wiederaufbau und zur wirtschaftlichen Entwicklung im Irak verpflichten würde.
9. Die Präsidenten begrüßten die positiven Zeichen, die sich aus der libyschen Jamahiriya ergeben, insbesondere den Beschluss der libyschen Führung, Programme für Massenvernichtungswaffen einzustellen und ihre Einrichtungen für Inspektoren der Internationalen Atomenergieagentur zu öffnen. Die Präsidenten wiederholten ihren Aufruf an Libyen, der Barcelona-Erklärung sowie der euromediterranen Partnerschaft beizutreten.

Die Präsidenten erkannten an, dass die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägermittel wie ballistische Flugkörper eine wachsende Bedrohung für den internationalen Frieden und die weltweite Sicherheit darstellen. Sie riefen alle Staaten

ohne Ausnahme auf, gemäß den Grundsätzen der Barcelona-Erklärung die multilateralen Abrüstungs- und Nichtverbreitungsverträge und –vereinbarungen aufrecht zu erhalten, ihnen beizutreten und sie zu erfüllen.

10. Die Präsidenten besprachen die jüngste Lage in der Region in Anbetracht der bevorstehenden Erweiterung der Europäischen Union am 1. Mai 2004. Sie waren der Ansicht, dass der Erweiterungsprozess die Konsolidierung des europäischen Kontinents weiter vorantreiben sollte. Sie bekräftigten ebenfalls, dass die Europäische Union weiterhin geöffnet bleiben sollte für die Länder, die sich an der Peripherie des Kontinents befinden, durch die Umsetzung der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Die Stabilität und Sicherheit des europäischen Kontinents und die der Nachbarstaaten der Union sollten zur Stärkung der Geltung dieser erweiterten Region in den internationalen Beziehungen beitragen. Der Zugang für Nicht-Mitgliedstaaten der Gemeinschaft zu den Programmen der Union wurde von den Präsidenten begrüßt, und sie riefen alle Parteien auf, die Realisierung dieses Projekts herbeizuführen. In dieser Hinsicht empfahlen die Präsidenten im Einklang mit der Agenda von Thessaloniki für den Westlichen Balkan, die parlamentarischen Institutionen auf dem Westbalkan einzuladen, an künftigen Konferenzen der Präsidenten der euromediterranen Parlamente als Beobachter teilzunehmen.

Sie begrüßten die gerade erst in Nicosia unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen wiederaufgenommenen Verhandlungen für eine Lösung des Zypern-Problems und prophezeiten, dass sie zu einem positiven Ergebnis führen werden, das es einem vereinigten Zypern erlauben würde, der Union zum Nutzen beider Gemeinschaften auf der Insel beizutreten.

11. Die Präsidenten ermutigten die mediterranen Partnerländer des Barcelona-Prozesses, sich an Verhandlungen über bessere Abkommen zu beteiligen, die ihnen einen besseren Zugang zu den von der Europäischen Union gebotenen Instrumenten und Möglichkeiten geben sollten. Diese Abkommen würden die Grundlage darstellen, auf der die europäische Nachbarschaftspolitik in einem Geiste der gemeinsamen Eigentümerschaft sicher erstellt werden würde, wodurch sie zur Förderung von Stabilität, Entwicklung und Demokratie im gemeinsamen Interesse der Europäischen Union und der mediterranen Partnerländer beitragen würde.
12. Die Präsidenten erkannten die Rolle der Vereinten Nationen und ihrer Hauptorgane als Rückgrat des multilateralen Systems an. Die Konferenz bringt ihre vorbehaltlose Unterstützung einer aktiven Verpflichtung zu einem wirksamen Multilateralismus im Rahmen der Vereinten Nationen zum Ausdruck. Obgleich sie übereinstimmten, dass die in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene institutionelle Architektur weiterhin als Grundstein des internationalen Systems dienen kann, empfahlen die Präsidenten, dass im multilateralen System gefasste Beschlüsse wirksam weiterverfolgt und umgesetzt werden sollten, insbesondere solche, die sich auf den universalen Beitritt, die Stärkung und die wirksame Einhaltung wichtiger Abrüstungs- und Nichtverbreitungsverträge beziehen.
13. Die Präsidenten vereinbarten, dass das in Valencia verabschiedete Programm Justiz und Inneres dazu dienen sollte, eine weitere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zur Bekämpfung „weicher“ Sicherheitsprobleme wie das organisierte Verbrechen in allen seinen Formen, illegaler Handel aller Art, Geldwäsche und Terrorismus zu fördern. Das Programm ruft auch zur Zusammenarbeit auf bei der Regulierung des Personenverkehrs

und bietet Schulungsmöglichkeiten in den Bereichen Justiz und Polizei. Wie auf der euromediterranen Ministerkonferenz in Neapel im Dezember 2003 empfohlen, riefen sie alle Parteien des euromediterranen Prozesses auf, in diesen wichtigen Bereichen zusammenzuarbeiten.

14. Auf dem Gebiet der Menschenrechte begrüßten die Präsidenten die im Rahmen des Barcelona-Prozesses unternommenen Initiativen zur Verbesserung der Menschenrechtsbilanz und der Anwendung der Menschenrechte. Die Ausweitung der Menschenrechte auf alle Mitglieder der Gesellschaft würde es jedem Land erlauben, sich unter Wahrung der Vielfalt und der Freiheit des Einzelnen nach vorn zu bewegen.
15. Die Präsidenten riefen zu verstärkten Anstrengungen aller Betroffenen auf, im Kampf zur Eindämmung des Terrorismus zusammenzuarbeiten. Sie waren ferner der Ansicht, dass die Ursachen an der Wurzel dieses Phänomens, die in keinem Fall eine Rechtfertigung für terroristische Akte sein können, ebenfalls angegangen werden sollten über eine bessere wirtschaftliche Entwicklung, Gerechtigkeit, ein besseres gegenseitiges Verständnis der Werte und Kulturen, sowie die Wahrung der Menschenrechte, um es den Menschen in der Region zu ermöglichen, unter Achtung und in Harmonie mit den Werten und Kulturen eines jeden zu leben.

Die Präsidenten riefen alle Staaten dazu auf, allen UNO-Konventionen und Protokollen, die verschiedene Aspekte zur Bekämpfung des Terrorismus behandeln, beizutreten und sie vollständig umzusetzen. Sie vereinbarten eine Zusammenarbeit zur Förderung der Veranstaltung einer internationalen Konferenz über Terrorismus.

### **III. Wirtschaftliche und finanzielle Partnerschaft**

16. Die Präsidenten der euromediterranen Parlamente erinnerten daran, dass die Erklärung von Barcelona zum Teilen des Wohlstands innerhalb der Partnerschaft aufgerufen hatte.

Die Präsidenten riefen zur Formulierung einer umfassenden künftigen Perspektive auf, die die Phasen zur Erreichung der strategischen Endziele des Barcelona-Prozesses festlegt.

17. Die Präsidenten begrüßten die Tatsache, dass in naher Zukunft alle Assoziationsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Partnerländern des Mittelmeerraums abgeschlossen werden. Sie riefen in diesem Zusammenhang die Mitgliedstaaten der Union auf, diese Abkommen zu ratifizieren, damit sie so bald wie möglich in Kraft treten können.
18. Die Präsidenten begrüßten die Initiative von Marokko, Tunesien, Jordanien und Ägypten, eine Freihandelszone untereinander einzurichten. Sie sagten voraus, dass die aus der Erklärung von Agadir folgenden Verhandlungen bald abgeschlossen sein werden und dass der Freihandel zwischen den Parteien dieses Abkommens in Kürze funktionsfähig sein wird.

Die Präsidenten riefen mit Nachdruck zu einer effektiven Förderung der euromediterranen Fazilität und der euromediterranen Programme auf. Sie forderten die Europäische Kommission und die EIB insbesondere dazu auf, die Umsetzung der MEDA-Wirtschaftsprogramme und die von der Investitionsfazilität und Partnerschaft Europa-Mittelmeer (FEMIP) geplanten Programme zu beschleunigen und die jährlich zur

Verfügung stehenden Mittel zur Entwicklung der Partnerländer des Mittelmeers anzuheben.

19. Die Präsidenten betrachteten mit Zufriedenheit die regelmäßige Veranstaltung der Ministertreffen, insbesondere für Industrie und Handel. Sie waren der Ansicht, dass die Ministertreffen für Landwirtschaft, Energie, Verkehr, Kultur und Information einen beherzten Schritt in die richtige Richtung darstellten. Sie riefen insbesondere zur Stärkung des Dialogs in Wirtschaftsfragen auf, um ein besseres Verständnis und eine bessere Zusammenarbeit zur Verwirklichung eines ausgewogenen Plans führen zu lassen, der den Handelsaustausch zwischen den beiden Regionen verbessern und ausländische Direktinvestitionen fördern sollte.

#### **IV. Partnerschaft in sozialen, kulturellen und menschlichen Fragen**

20. Die Präsidenten nahmen die Schlussfolgerungen der euromediterranen Ministerkonferenz am 2. und 3. Dezember 2003 in Neapel im Hinblick auf „Migration und Personenverkehr“ zur Kenntnis. Wenngleich sie anerkannten, dass Migration, wenn sie richtig gesteuert wird, ein positiver Faktor für das wirtschaftliche und soziale Wachstum der Region sein kann, appellierten sie an alle Länder der Region, sich an der Initiative der Kommission der Europäischen Union zur Einleitung einer Studie über die Beziehungen zwischen legaler und illegaler Migration zu beteiligen und zu ihr beizutragen.
21. Die Präsidenten erkannten den Wert und die Fortschritte an, die durch regionale Programme insbesondere zur Förderung von audiovisueller Zusammenarbeit, Kulturerbe und Jugend erzielt wurden.
22. Sie betonten die Notwendigkeit, die künftige Generation in die Verwirklichung der Ziele des Barcelona-Prozesses und in die Beseitigung der in der Region existierenden Unterschiede einzubeziehen. Sie begrüßten in diesem Zusammenhang den Beschluss zur Einrichtung einer Euromediterranen Stiftung für den Dialog der Kulturen, die in der Lage sein sollte, einen interkulturellen Dialog in der Region anzuregen.
23. Sie begrüßten die Schaffung einer Jugendplattform, die junge Menschen zusammenführt und ihnen die Gelegenheit gibt, Aktivitäten und Projekte durchzuführen, die ein besseres Verständnis der Probleme und ihrer Lösungen fördern sollten.
24. Die Präsidenten teilten auch die Auffassung, dass die Gemeinschaften im euromediterranen Raum sich nicht der Arbeit bewusst sind, die im Rahmen des Barcelona-Prozesses durchgeführt wird. Sie rufen daher zu einer frühen Umsetzung der vorgeschlagenen Informations- und Kommunikationsprogramme auf, die entworfen wurden, damit der Prozess für möglichst viele Menschen sichtbar wird.
25. Die Präsidenten konstatierten, dass die Rolle der Frauen in der Gesellschaft noch entwickelt werden muss. Sie riefen zur Einführung eines Sonderprogramms auf, mit dessen Hilfe Frauen stärker in die durchgeführte Arbeit einbezogen würden. Das Programm sollte Frauen ebenfalls Zugang zu Programmen und Initiativen ermöglichen, die eine soziale Ausbildung bieten und den Beitrag vermitteln würden, den Frauen zu Frieden und Verständnis leisten können.

## **V. Rolle der parlamentarischen Institutionen**

26. Während sie von neuem darauf hinwiesen, dass die Parlamente ein Ausdruck des souveränen Willens des Volkes sind, und die wichtige Rolle anerkannten, die Parlamentarier im euromediterranen Raum spielen können, riefen die Präsidenten zu einer wirksamen Rolle der parlamentarischen Diplomatie auf bilateraler und multilateraler Ebene auf. Sie bekräftigten erneut, dass die Prozesse der Globalisierung und der gegenseitigen Abhängigkeit sowie die Natur der internationalen Zusammenarbeit durch die Beteiligung und den Dialog aller gesellschaftlichen Schichten verstärkt werden.
27. Die Präsidenten, die der für den März 2004 in Griechenland geplanten ersten Sitzung der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung Erfolg vorhersagten, riefen alle nationalen Parlamente und regionalen parlamentarischen Institutionen im euromediterranen Raum auf, sich an der Arbeit der Versammlung aktiv zu beteiligen.

Die Präsidenten baten, zu der ersten Sitzung der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung je einen Vertreter der Interparlamentarischen Union, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der Parlamentarischen Versammlung der OSZE als Beobachter einzuladen.

28. Die Präsidenten nahmen mit Befriedigung die Initiative der Interparlamentarischen Union zur Kenntnis, eine Parlamentarische Versammlung der Mittelmeerstaaten zu schaffen, die aus den Küstenstaaten des Mittelmeerraums bestehen soll. Die Versammlung wird komplementär zu bestehenden Institutionen/Organisationen in der Region sein.

Die Präsidenten brachten ihre Zufriedenheit über die Arbeit des Euromediterranen Forums der Parlamentarierinnen zum Ausdruck, dessen viertes Treffen im Oktober 2003 in Amman über die Rolle von Frauen in bewaffneten Konflikten und in Friedens- und Wiederaufbauprozessen nach einem Krieg stattgefunden hatte. Daher verpflichteten sich die Präsidenten, eine Weiterverfolgung des Ergebnisses der Arbeit des Forums in ihren jeweiligen Parlamenten zu gewährleisten und hofften, dass die bevorstehende Euromediterrane Parlamentarische Versammlung den ursprünglichen Beitrag der Parlamentarierinnen weiter verstärken wird.

Die Präsidenten erachteten die Internationale Führungsakademie der Universität der Vereinten Nationen als eines von mehreren Instrumenten für den Dialog zwischen derzeitigen und künftigen Führungskräften auf allen Lebenswegen.

## **VI. Schlussfolgerungen**

29. Die Präsidenten äußerten gegenüber dem maltesischen Abgeordnetenhaus ihre Wertschätzung für die Veranstaltung dieser Konferenz und für die Gastfreundschaft, die den Teilnehmern entgegengebracht wurde.
30. Die Präsidenten vereinbarten, dass die Kontaktgruppe der Konferenz über den Tagungsort der nächsten Konferenz der Präsidenten der euromediterranen Parlamente entscheiden wird. Sie nahmen in diesem Zusammenhang das eventuelle Angebot Jordaniens zur Kenntnis, Gastgeber für die nächste Konferenz zu sein.

31. Die Präsidenten vereinbarten, die Aufmerksamkeit ihrer jeweiligen Parlamente auf die Schlussfolgerungen der IV. Konferenz der Präsidenten der euromediterranen Parlamente zu lenken.